

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Antwort: Teilweise

Die Rentenkommission der Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf

Hiernach wird klar, dass die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt wird, wenn langfristig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Das heutige Rentenniveau sollte nicht weiter fallen, Rentenniveau und Beitragssatz müssen aber in einem angemessenen Verhältnis bleiben müssen, damit auch die junge Generation weiter in die Rentenversicherung vertraut. Wir schlagen ein Bündel von Maßnahmen vor, dass sich sowohl günstig auf den Beitragssatz wie auch das Rentenniveau und Versorgung im Alter auswirken würde. Unser Parteitagebeschluss 2016 dazu: https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Antwort: Ja

Wir Grüne setzen uns schon seit langer Zeit für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langfristig Versicherten eine Garantierente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert. Uns ist wichtig, dass Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, im Alter eine echte Rente bekommen und keine Form der Sozialhilfe beantragen müssen. Konkret heißt das, dass alle Menschen, die wenigstens dreißig Jahre durch Arbeit (auch Teilzeitarbeit), Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Pflege Anwartschaften in der Rente erworben haben, eine Rente in Höhe von 30 Erwerbspunkten (das sind Stand heute ca. 900 Euro) erhalten. Diese Garantierente soll eine echte Rente sein. D.h. anders als bei der heutigen Grundsicherung im Alter wird es bei uns keine Bedürftigkeitsprüfung geben. Private Ersparnisse, Einkünfte aus betrieblicher und privater Altersvorsorge werden auf die Garantierente nicht angerechnet, können also anders als im heutigen System der Grundsicherung vollständig behalten werden.

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Antwort: Ja

Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Ziel muss daher eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung sein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind sie

gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen.

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Antwort: Teilweise

Die Rentenkommission der grünen Partei hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente oder die Rentenangleichung einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sollen zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule entrichtet werden können, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Antwort: Teilweise

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener*innen nach sich gezogen. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Partei, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.